

Liebe Mitglieder,

EUROPA ist derzeit in einem „**schweren Fahrwasser**“. Als überzeugte/r Europäer*in hat man es aktuell schwer, die in den **Grundsatzbeschlüssen der Europa-Union** niedergelegten Ziele gegenüber anderen zu verteidigen.

Nach den Grundsatzbeschlüssen unseres Verbandes streben wir ein **EUROPA an, das**

- als ein **demokratisch-rechtsstaatlicher Bundesstaat** organisiert ist,
- sich als **Wertegemeinschaft versteht** und die Grundrechte achtet.
- diese **Werte zum Ziel und Maßstab** seines **politischen Handelns** macht.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erinnerte in ihrer Rede zur Lage



ec.europa.eu

der Union2020 an diese Werte und rief die Menschen dazu auf, die Corona-Pandemie als Chance zu begreifen, um der EU eine neue Vitalität zu verleihen. Sie forderte einen Neustart in der Migrationspolitik, eine engere europäische Gesundheitsunion sowie u.a. ein rechtsstaatlich geprägtes Europa in einer fragilen Welt. Themen wie die „NextGenerationEU“, der „European Green Deal“, die

Digitalisierung und auch der BREXIT bleiben uns erhalten.

Die Rede ging einher mit einem Schreiben an den Präsidenten des Europäischen Parlaments. Es enthält eine Liste von Initiativen, die die EU-Kommission im Laufe des kommenden Jahres vorlegen will.

Wir werden Ihnen als Europa-Union Steinfurt gemeinsam mit dem Landes- und Bundesverband eine Auswahl an Themen zur Diskussion anbieten. Welche Veranstaltungsformen auch immer in den kommenden Monaten möglich sein werden, wir werden Sie einladen, mit uns weiterhin für Europa da zu sein. Denn, wie sagte es die EU-Kommissionspräsidentin: „**Es liegt an uns, was wir aus unserer Zukunft machen. Reden wir Europa nicht schlecht. Arbeiten wir lieber daran. Machen wir Europa stark, für eine Welt, in der wir leben wollen!**“

Da größere Präsenzveranstaltungen derzeit nicht möglich sind, haben wir auf den folgenden Seiten aktuelle Themenfelder aufgezeigt, zu denen die Europa-Union eine klare Stellung bezogen hat.

Ihre Redaktion

Asyl- und Migrationspolitik

Die seit Jahren **ungelöste Migrationspolitik** geriet durch das verheerende Feuer im Flüchtlingslager Moria auf der Insel Lesbos wieder ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Die EU-Kommission stellte auf öffentliche Druck hin ihre Vorschläge zur Integrationspolitik bereits am 23. September, eine Woche vor dem geplanten Termin, vor.

Offen bleibt, ob es der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft gelingt, endlich einen Fortschritt zu erzielen.

*„Jahrhundertlang hat Migration unsere Gesellschaften geprägt, unsere Kulturen bereichert und Europa zu dem gemacht, was es heute ist. Die Migrationskrise von 2015 hat zu schweren Verwerfungen zwischen den Mitgliedsstaaten geführt. Seit her ist viel geschehen, aber wir können noch viel mehr tun. **Wenn wir alle zu Kompromissen bereit sind, können wir eine Lösung finden**“.* Ursula von der Leyen sprach damit deutliche Worte in ihrem Lagebericht, entscheidend bleibt jedoch die Haltung der Nationalstaaten.

Unsere Meinung dazu!

EUD-Generalsekretär Christian Moos brachte es auf den Punkt:

„Moria ist ein Fanal für Europa“

Das Flüchtlingslager Moria war schon lange vor dem verheerenden Feuer eine Schande für Europa“.



Caritas-International.de

Die menschenunwürdige Lage der Flüchtlinge auf der Insel Lesbos und andernorts in Europas verdeutlichen den verlorengegangenen Wertekonsens. Das Recht, Humanität und Solidarität kommen im gegenwärtigen Europa zu kurz. Dass es den EU-Staaten nicht gelingt, eine auf den EU-Werten gründende gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik zu vereinbaren, ist Ausdruck einer tiefen politischen

Spaltung. **Es ist nicht Europa, das hier versagt, sondern es sind die Mitgliedsstaaten!**

Einige Mitgliedsstaaten entfernen sich immer weiter von den europäischen Werten. *„Es gibt heute leider keinen gemeinsamen europäischen Rechts- und Werteraum mehr, kein gemeinsames Verständnis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“*, bedauert unser Generalsekretär. Für uns ist es an der Zeit, dass jetzt einige Mitgliedsstaaten vorangehen, um weitere humanitäre Katastrophen zu vermeiden.

Mehr Europa im Gesundheitsschutz

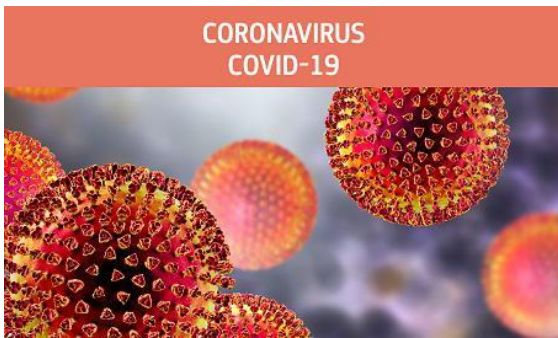
Die EU leistet einen Beitrag zur Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten. Dabei beschränkt sich die Zuständigkeit der EU darauf, die Gesundheitspolitik der Mitgliedsstaaten zu ergänzen und auf die Forschungsförderung.

Darüber hinaus unterstützt die EU die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten. Sie kann sich in wenigen Bereichen für Mindeststandards einsetzen:

1. Für Qualitäts- und Sicherheitsstandards menschlicher Organe und Substanzen sowie für Blut und Blutderivate.
2. Für Mindeststandards im Gesundheitsschutz in Bezug auf Pflanzenschutzmittel und Tierkrankheiten.
3. Für Qualitäts- und Sicherheitsstandards für Arzneimittel und Medizinprodukte.

Die **Mitgliedsstaaten** sind mit Ausnahme der drei genannten Punkte **für ihre Gesundheitspolitik allein zuständig**.

Nun gab es zu Anfang der Corona-Pandemie viel Verdruss: Mitgliedsstaaten schlossen ihre Grenzen oder verhängten Exportverbote für kritische Medizinprodukte u.v.m.



ec.europa.eu

Ein Virus macht aber an Grenzen nicht halt! Die EU hat erkannt, dass man für künftige Krisen besser gewappnet sein muss, um effektiver auf grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren reagieren zu können.

Die EUD fordert

Wir sitzen alle in einem Boot! Die EUD spricht sich für mehr europäische Zusammenarbeit im Gesundheitsschutz aus. Wir fordern ein europäisches Infektionsschutzgesetz, gemeinsame Regeln für den Umgang mit lokalen und regionalen Ausbrüchen! Eine bessere europäische Koordination, gemeinsame Regeln und Vorkehrungen sind unverzichtbar.

Die Mitgliedsstaaten müssen die EU stärken! Wir wollen, dass es EU-weit Solidarität und eine verlässliche medizinische Versorgung gibt. Die Charta der Grundrechte der EU garantieren allen Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Gesundheitsniveau.

Wir fordern daher nichts weniger als die Einhaltung dieses Grundrechts!

BREXIT – EU rüstet sich für alle Szenarien

Die achte Verhandlungsrunde über die künftige Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (UK) endete am 10. September 2020 ohne Fortschritte. Das UK weigert sich, unverzichtbare Garantien für einen fairen Wettbewerb in das Abkommen aufzunehmen und

fordert zugleich freien Zugang zum EU-Binnenmarkt. Besonders beunruhigend für die EU ist der von der britischen Regierung angestrebte Bruch von Bestimmungen des Austrittsabkommens zur irischen Grenze. „Ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Austrittsabkommens würde gegen das Völkerrecht verstoßen, das Vertrauen untergraben und die laufenden Verhandlungen über die künftigen Beziehungen gefährden“, heißt es dazu aus der EU-Kommission.

Eine klare Meinung dazu hat die Europa-Union NRW. Sie beobachtet mit Sorge die derzeitigen Entwicklungen in UK, wo die Mehrheit des Parlaments den Gesetzgebungsprozess für das sogenannte „Internal market bill“ (Binnenmarktgesetz) in Gang setzte. Dieses Gesetz enthält in der vorgelegten Form Klauseln, welche der britischen Regierung erlauben würden, einseitig Verpflichtungen aus dem Austrittsabkommen mit der EU umzuschreiben oder zu ignorieren. Auch die juristische Prüfung solcher Entscheidungen soll ausgehebelt werden.

Dass das Binnenmarktgesetz damit internationales Recht brechen würde, hat die britische Regierung im Parlament offen zugegeben. Die britische Regierung nimmt damit sehenden Auges Schäden an der internationalen Rechtsordnung, dem Vertrauensverhältnis zwischen EU und UK und dem Friedensprozess in Irland in Kauf, so die Meinung der Europa-Union NRW.

Für die Europa-Union NRW ist klar, dass die EU sich dieser zynischen Herangehensweise nicht beugen kann. Die Rechtsstaatlichkeit und die verlässliche Einhaltung internationaler Verträge sind das Fundament der EU. Die Europa-Union NRW unterstützt daher den Kurs der europäischen Institutionen, diesen britischen Vorstoß

zurückzuweisen und auf die Einhaltung aller geschlossenen Verpflichtungen zu bestehen. Eine gemeinsame Zukunft von EU und Großbritannien kann nur auf einem festen und verlässlichen Fundament errichtet werden. *„Seit Jahren gibt es Frieden an der nordirischen Grenze. Die EU hat mit der Idee des gemeinsamen Marktes dazu und auch zur Befriedung Nordirlands beigetragen. Für die Briten hoffe ich, dass die Entscheidung ihrer Regierung nicht internationales Vertrauen beschädigt. Verträge müssen eingehalten werden, sonst wird sich in Zukunft kein Land mehr auf britische Zusagen verlassen“*, so EUD-Landesvorsitzender Peter Wahl.

Gelder nur gegen Rechtsstaatlichkeit

Der von der EU vertretene Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit wird in einigen Mitgliedsländern „mit Füßen getreten“.

Die Europa-Union unterstützt daher das Europäische Parlament in seiner Forderung nach einer klaren Bindung der europäischen Corona-Hilfsmittel an rechtsstaatliche Zustände in den Empfängerländern.

Wachsamkeit ist überall in Europa geboten. Die Unabhängigkeit der Justiz, der Pressefreiheit und der Minderheitenrechte werden aber seit Jahren in zunehmenden Maße missachtet. Das muss ein Ende haben, wenn wir nicht unsere freiheitliche europäische Ordnung aufs Spiel setzen wollen. **Rechtsstaatlichkeit schützt Menschen vor der Macht der Mächtigen!**

Auf der Mitgliederversammlung Hygienevorschriften beachten

Die Einladung zu unserer **Mitgliederversammlung am 6. Oktober 2020, 18 Uhr, in der Kantine des Kreishauses** liegt allen Mitgliedern vor.

Wer teilnimmt meldet sich bitte bis zum 30. September bei unserer Geschäftsstelle an. Geben Sie dabei bitte auch an, ob Sie zum Imbiss bleiben:

Telefon:

02551/69-2164 – Bettina Alt

02551/69-2161 – Christiane Wesoly

Mail:

bettina.alt@kreis-steinfurt.de

Aufgrund der Corona-Pandemie gelten folgende **Hygienevorschriften**:

- Maskenpflicht beim Betreten des Kreishauses
- Desinfizieren der Hände im Eingangsbereich
- Verzicht auf Händeschütteln und Umarmungen
- Ein ausreichender Sitzabstand im Versammlungsraum ist vorbereitet.
- Den Imbiss gibt es nicht als Buffet, sondern auf einzelnen Tellern. Keine Selbstbedienung!
- Getränke gibt es nur in kleinen Flaschen
- Die Maskenpflicht während der Versammlung bleibt jedem überlassen, da eine lückenlose Rückverfolgung durch entsprechende Anwesenheitslisten gewährleistet wird.

Ich freue mich auf Ihr Dabeisein und wünsche Ihnen im Namen der gesamten Redaktion bis zur Mitgliederversammlung eine gute Zeit. Bleiben Sie gesund!

Ihre

Dr. Angelika Kordfelder

Vorsitzende

Newsletter der Europa-Union Steinfurt e.V., Redaktion: Dr. Angelika Kordfelder, Annerose Pott, Bernd Weber
Anregungen oder Abmeldung an die Geschäftsstelle unter „bettina.alt@kreis-steinfurt.de“